

Krebs - Spezialisten beklagen Verschiebung des Mammografie-Screenings

Die österreichischen Brustgesundheitspezialisten (Österreichische Gesellschaft für Senologie; ÖGS) kritisieren die offenbare Verschiebung des Starts des Mammografie-Screenings auf wahrscheinlich nächstes Jahr. Gleichzeitig sollte die bis dahin verstreichende Zeit aber für die Beseitigung von Schwachstellen des Projektes genützt werden, hieß es am Donnerstag in einer Stellungnahme der ÖGS.

Ein flächendeckendes Mammografie-Screeningprogramm mit aktiver Einladung der Frauen war von Spezialisten seit vielen Jahren gefordert worden. Der Wiener Brustgesundheits-Doyen und Gynäkologe Ernst Kubista hatte ehemals sogar von "Schande" in diesem Zusammenhang gesprochen. An sich sollte das Programm in diesem Herbst starten. Wegen Streitigkeiten zwischen den Gebietskrankenkassen in Wien und in der Steiermark mit den jeweiligen Landesärztekammern ist aber der bundesweite Start derzeit unmöglich.

"Die Österreichische Gesellschaft für Senologie (ÖGS), Interdisziplinäres Forum für Brustgesundheit, bedauert die Verschiebung des seit Jahren geplanten Früherkennungsprogrammes für Brustkrebs Erkrankungen um zumindest ein Quartal ebenso wie viele andere öffentliche Stellen in Österreich", hieß es am Donnerstag. Bei aller Wertschätzung des Screeningprogrammes gelte es zu klären, warum dessen Start jetzt angeblich an unterschiedlichen finanziellen Vorstellungen von zwei Landesärztekammern und der Krankenkassen zu scheitern drohe – "trotz intensiver, durch die Ärzte selbst finanzierter Mammografie-Schulungs- und Qualitätssicherungsprogramme für RadiologInnen und deren Personal."

Allerdings, so ÖGS-Präsident Rupert Koller: "Die bedauerliche Startverschiebung sollte zur Reparatur von drei bereits erkannten Schwachpunkten genutzt werden." Diese wären in dem Programm das Nichtvorhandensein eines zuweisenden Arztes, es gebe bloß Einladungen an die Frauen, das faktisch zwingend vorgesehene Untersuchungsintervall von zwei Jahren und eine drohende Schlechterstellung von Frauen mit einem genetisch bedingten erhöhten Brustkrebsrisiko.

Der Wiener Radiologe Thomas Helbich (MedUni Wien/AKH) betonte in der Aussendung, dass geklärt werden müsse, wer verdächtige Befunde erhalte und dann für die weiteren Maßnahmen verantwortlich sei. Zweitens sei der Zugang zur Mammografie stark eingeschränkt, da die Früherkennungsuntersuchung (bei Frauen ohne verdächtigen Tastbefund, Anm.) nur mehr im Rahmen des Programmes und somit nur alle zwei Jahre durchgeführt werden können. "Selbst wenn eine Frau die Untersuchung selbst bezahlen würde, wird das nicht mehr möglich sein", kritisierte Koller. Das komme auch einer Entmündigung der Ärzteschaft gleich, die mit der Betreuung über eine mögliche Erkrankung besorgter Frauen befasst wären.

Ein dritter gravierender Schwachpunkt des vorgesehenen Programmes betreffe Frauen, die ein genetisch bedingtes erhöhtes Brustkrebsrisiko aufweisen und dies noch nicht wüssten. Für sie bedeute das Screeningprogramm de facto eine Verschlechterung der Versorgung mit Vorsorgeuntersuchungen. Denn diese Risikogruppe würde als Vorsorge jährlich ein Magnetresonanzuntersuchung (MRT) ab dem 25. Lebensjahr und eine jährliche Mammografie ab dem 35. Lebensjahr benötigen. Da sei das Zwei-Jahres-Intervall zu lange. Auf jeden Fall sei eine Medienkampagne notwendig, damit sich Frauen mit einem möglichen erblich bedingten Brustkrebsrisiko vermehrt an Spezialisten zur Abklärung wenden.